

Wittgensteiner Zeitung

ersch. täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontofonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Kassaburger Bank o. G. m. b. H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Kontofonto Nr. 404 49 Amt Rdn . . .

Nummer 285

Verbreiter Nr. 1

Laasphe, Montag den 7. Dezember 1931

56. Jahrgang

Boykott ausländischer Waren?

Die handelspolitischen Maßnahmen Englands, die mit dem „Schutz der nationalen Arbeit“ begründet werden und die in ihrer Wirkung sich mehr und mehr zum Boykott ausländischer Waren entwickeln, haben verschiedentlich auch in deutschen Verbraucherkreisen die Frage aufgeworfen lassen, weshalb nicht in Deutschland Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Auch das französische Vorgehen der Einfuhrkontrolle nimmt in der Praxis mehr und mehr die Wirkung an, die Einfuhr ausländischer Waren zu drohen. In anderen Ländern beginnt unter den Wirkungen der Pfundkrise sich eine ähnliche Bewegung geltend zu machen. Wie soll sich Deutschland dazu verhalten? Die der Reichsregierung forschend durch Notverordnung erteilte Ermächtigung, gegebenenfalls zweiseitige Handelsverträge abzuschließen, deutet bereits an, daß man nicht daran denkt, die deutschen Grenzen gegen ausländische Waren überhaupt abzuschließen. Ganz abgesehen davon, daß es unmöglich ist, ohne gewisse Rohstoffe die deutsche Wirtschaft aufrecht zu erhalten, müßte ein Boykott ausländischer Waren schließlich zu einer völligen Abstoßung des deutschen Auslandsverkehrs führen.

Die Frage ist berechtigt, wie sich eine solche Maßnahme, wenn sie praktisch überhaupt durchgeführt werden könnte, sich für die deutsche Volkswirtschaft und insbesondere für den deutschen Arbeitsmarkt auswirken müßte. Es ist nicht so, daß die vom Ausland eingeführte Ware vom ausländischen Verkäufer gleichsam dem deutschen Käufer oder dem Käufer handgerecht in den Betrieb oder auf den Arbeitsmarkt gelegt wird. In der Regel ist die Leistung des ausländischen Verkäufers mit der Anlieferung der Ware bis zum nächsten Verhandlungsgegenstand. Von diesem Auslands-Verkauf aus geht bereits deutsche Arbeit, d. h. also deutsche Volkswirtschaft ein. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um ausländisches Getreide, um Kolonialwaren, um Rohstoffe aller Art usw. handelt. In den meisten Fällen werden in dem Preis einer Auslandsware, wie er vom deutschen Käufer aufgewendet werden muß, 50, 60, selbst 70 Prozent deutschen Arbeitswertes stecken. Das wird ohne weiteres verständlich, wenn man beispielsweise einen Bananentransport annimmt: Deutsche Seeleute bringen ihn von Übersee zum deutschen Anlaufhafen. Rund 600 Arbeitskräfte sind nötig, um einen solchen Dampfer zu löschen. Vom Dampfer werden die Bananen in etwa 100 Waggons an die verschiedenen Absatzmärkte geführt. Um sie in brauchbarem Zustand anzukommen, sind zum Verpacken der Ware wöchentlich etwa 25 Tonnen Stroh notwendig. In der kalten Jahreszeit müssen die Spezialwaggons durch besonderes Heizmaterial auf die notwendige Temperatur gebracht werden. Von der Uebernahme der Ware bis zum letzten Verbraucher sind also Tausende von Arbeitskräften direkt oder indirekt beschäftigt. Dabei ist es gleichgültig, um welche Ware es sich handelt.

Eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist es aber, festzustellen, wo wir unsere Ware beziehen. Hat ein Land kein Interesse an deutscher Ware, dann sollte kein deutscher Kaufmann dort Warenbestellungen vornehmen. Ferner wird man zu berücksichtigen haben, was wir in Deutschland selbst herstellen und erbauen können. Je mehr deutsche Arbeiter mit einer Ware beschäftigt werden, um so größer ist das volkswirtschaftliche Aufkommen. Kartoffeln, Obst, Getreide, Gemüse, Fleisch, Kohle, Eisen usw. sind Produkte, die auf deutschem Boden und in deutscher Erde gewonnen werden und dem deutschen Arbeiter Lohn und Brot geben. Soweit wir hier unseren eigenen Bedarf in ausreichendem Maße decken können, können wir ruhig auf Auslandsware verzichten. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die durch- aus dankenswerte Bewegung, Deutscher, kauf' deutsche Ware! eine richtige und volkswirtschaftlich zu begrüßende Entwicklung.

Es wäre aber, wie aus dem vorstehenden hervorgeht, das Verkürzte, wollte man diese gesunde Bewegung zu einer ausgeprochenen Boykottbewegung gegen alle ausländischen Waren gestalten. Wir würden uns wirtschaftlich ins eigene Fleisch schneiden. Es ist bekannt, wie sich seitens von Holland aus eine Bewegung gegen deutsche Waren entwickelte, als die deutsche Regierung sich gezwungen sah, mit Rücksicht auf den Schutz der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion gewisse Zollmaßnahmen zu ergreifen; die es ermöglichen sollten, die Erzeugung bestimmter landwirtschaftlicher Produkte rentabel zu machen. Es sollte damals in Holland und in einzelnen nordischen Ländern, dann aber auch in der Schweiz eine Abwehrbewegung gegen deutsche Waren ein, die nur auf Grund diplomatischer Verhandlungen wieder abgeebbt werden konnte. Es kann keinem deutschen Wirtschaftszweig daran etwas liegen, wegen einzelner Vorteile für bestimmte Wirtschaftszweige die andern zum Schaden des Volksganzen verkümmern zu lassen. Deshalb muß die Parole zum Schutz der deutschen Ware lauten: Was wir selbst erzeugen können, sollten wir nicht aus dem Ausland beziehen. Wareneinfuhr im übrigen nur dort, wo sich ein notwendiger Ausgleich durch Abnahme deutscher Waren herbeiführen läßt.

„An der Schwelle der Macht.“

Ein Auslands-Interview mit Hitler.

London, 5. Dezember.

Ueber eine Unterredung, die Adolf Hitler in Berlin den Vertretern der englischen und amerikanischen Presse gewährte, berichtet die gesamte Londoner Presse in großer Aufmachung.

Hitler betonte hierbei, daß er gar nicht daran denke, in letzter Minute die Grundsätze der Legalität über Bord zu werfen. Dies sei auch gar nicht nötig, denn es unterliege keinem Zweifel, daß die Partei bald — vielleicht in den nächsten Tagen, vielleicht übers Jahr — zur Macht kommen werde. Das Heftendokument erkläre sich allein aus der kommunistischen Gefahr, von deren Angehörigen die meisten Menschen noch nicht die geringste Vorstellung hätten.

Er könne den einzelnen Mitgliedern der Partei nicht verbieten, über diese kommunistische Gefahr nachzudenken, aber es sei eine Unverschämtheit, diese Gedanken in Form eines Dokumentes niederzulegen.

In der Partei sei nur sein Wille allein maßgebend.

Die Erbitterung und Kampfesentschlossenheit der Nationalsozialisten sei aus dem fortgesetzten Kleinrieg mit den Kommunisten leicht zu erklären, hätten sie doch in diesem Jahre viele Tote und über 5000 Verwundete zu beklagen.

Die Entscheidungsschlacht gegen den Bolschewismus werde in Deutschland ausgetragen werden, und die Nationalsozialisten würden diesen Kampf für die Welt gewinnen.

Zur Schuldenfrage.

erklärte Hitler, Deutschland könne nicht die politischen und die wirtschaftlichen Schulden bezahlen, ohne die Weltwirtschaft ins Chaos zu stürzen.

Die Nationalsozialisten würden die Privatschulden anerkennen, aber sie weigerten sich ganz entschieden, sich politischen Erpressungen zu unterwerfen.

Wenn die Welt von Deutschland die Fortsetzung der Zahlungen für die politischen Erpressungen Frankreichs in der Form von Tributen fordere, so müsse sie sich darauf gefaßt machen, einen vollständigen Zusammenbruch Deutschlands zu erleben.

Die Welt werde um der politischen Forderungen Frankreichs willen zu Grunde gerichtet.

Sie müsse sich entscheiden, ob Frankreich mit seinem großen Heer weiter der politische Steuereintreiber Europas bleiben solle oder ob sie Frieden und Wohlfahrt haben wolle. Die kommende Abrüstungskonferenz werde der Prüffstein für den gefunden Menschenverstand der ganzen Welt sein.

Hitler wies dann darauf hin, daß seine Partei eine neue Generation darstelle. Sie sei nicht verantwortlich für den Friedensvertrag von Versailles, und sie würde auch keine Verträge anerkennen, die Deutschland nicht erfüllen könne. Er werde nicht einen Vertrag um 11 Uhr unterzeichnen, um 11.45 Uhr mit Klagen anzufangen, daß er ihn nicht ausführen könne. Er schloß mit dem Satz: Deutschland ist nicht Carthago, und Frankreich ist nicht Rom!

Rosenbergs Mission.

Auch der nationalsozialistische Abgeordnete Rosenberg, der sich augenblicklich in England aufhält, äußerte sich den Vertretern der englischen Presse gegenüber zur Reparations- und Schuldenfrage. Er erklärte, die Nationalsozialisten würden mit dem Völkerverbund solange zusammenarbeiten, wie er bereit sei, seine eigenen Grundsätze in die Tat umzusetzen.

Dabei würden sie besonders auf den Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker hinweisen, die man Deutschland abgesprochen habe. Die Nationalsozialisten könnten nicht anerkennen, daß Frankreich eine dauernde Vorherrschaft in Europa ausübe. Auch die polnische Frage sei reif zur Erörterung.

Weiter erklärte Rosenberg, daß auch das nationalsozialistische Deutschland ehrlich seine wirtschaftlichen Schulden bezahlen wolle. Ein politisches und wirtschaftliches Unglück könne aber nicht vermieden werden, wenn nicht alle Reparationen gestrichen würden.

Der Eindruck in USA.

Das Interview Hitlers hat in den Vereinigten Staaten größtes Aufsehen erregt. Die Erklärung, daß auch die Nationalsozialisten die privaten Auslandsschulden anerkennen und nur die Tributzahlungen ablehnen, hat stärkste Beachtung gefunden.

Welche Bedeutung Amerika den Erklärungen Hitlers beimißt, geht daraus hervor, daß der Inhalt seiner Ausführungen von der gesamten Presse an hervorragender Stelle veröffentlicht wird.

Hilfe für die Landwirtschaft.

Bayern und Württemberg fordern Vollstreckungsschutz.

München, 6. Dezember.

Die bayerische Staatsregierung hat beschlossen, aufgrund einer ausgearbeiteten Entwurfs an die Reichsregierung das Ersuchen zu stellen, entweder in der bevorstehenden Notverordnung selber oder gleichzeitig mit ihr durch eine besondere Notverordnung einen Vollstreckungsschutz für Grundstücke sowohl des ländlichen wie des städtischen Grundbesitzes verfügen zu wollen. Die Staatsregierung weist dabei auf die besondere Notlage in Bayern hin, welche in möglichst beschleunigten Maßnahmen zwingt. — Das Ersuchen wie die bayerische Staatsregierung hat auch die Regierung von Württemberg an das Reichsstatistikamt gerichtet und gleichfalls um einen sofortigen Vollstreckungsschutz für die gesamte Landwirtschaft nachgesucht.

Tagung der süddeutschen Landwirtschaftskammern.

Angeichts der großen Notstände in der gesamten süddeutschen Landwirtschaft traten die Landwirtschaftskammern von Bayern, Württemberg, Hohenzollern, Sigmaringen, Baden, Hessen, Wiesbaden und Sachsen in der Bayerischen Landesbauernkammer zusammen. An den Verhandlungen nahmen auch Vertreter der süddeutschen Regierungen teil. Es wurde eine Reihe Vorschläge zur Behebung der Wirtschafts- und Kapitalnot der Landwirtschaft Süddeutschlands einstimmig angenommen.

Was die Vollstreckungsschutzmaßnahmen betrifft, so wurde an Reichsminister Dr. Brüning namens sämtlicher süddeutschen Landwirtschaftskammern das Ersuchen gerichtet, für alle gefährdeten Betriebe zeitlich befristete Schutzmaßnahmen zu treffen. Schließlich wurden die Landwirtschaftskammern noch vorstellig bei der ständigen Tarifkommission der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in der Frage der Eisenbahntarife.

Hugenberg über Tribute und Schulden.

Das eine schlecht das andere aus.

Berlin, 6. Dezember.

Dr. Hugenberg gewährte dem Berliner Vertreter des „Resto del Carlino“, Bologna, eine Unterredung, in der er u. a. ausführte:

Italien ist das erste Land gewesen, das die Unmöglichkeit der Tributverträge und der neu gezogenen Grenzen ebenso erkannt hat, wie die Gefahr, die in der Ungleichheit der Abstützungen der einzelnen Staaten liegt. Auch in den anderen Ländern wächst diese Erkenntnis. Die Welt schuldet den amerikanischen Historikern Dank dafür, daß sie dazu beigetragen haben, die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu entlarven.

Alle unparteilichen Beobachter sind sich darin einig, daß Deutschland nach einem 13jährigen Prozeß der Auslegung völlig leistungsunfähig ist. Wir schulden dem Ausland ungefähr 30 Milliarden in Gold. Auf der anderen Seite verlangen die Franzosen eine Fortsetzung der Tributleistungen. Eines schlecht das andere aus. Frankreich fordert den Vorrang der politischen vor den kommerziellen Schulden. Deutschland aber, gerade weil es seinen kommerziellen Verpflichtungen nachkommen will, soviel es in seinen Kräften steht, wird weitere Tributzahlungen ablehnen. Es muß daher endlich einmal mit größter Entschiedenheit ausgesprochen werden: Tribute oder Schulden! Jeder Versuch, Deutschland zu weiteren Tributzahlungen zu zwingen, wird die Hoffnung der deutschen Privatgläubiger vernichten müssen.

Aber auch wenn wir von Tributen befreit werden, ist das Schuldenproblem noch schwer genug. Unsere Schulden sind in großem Umfange unproduktive Schulden. Trotz alledem wollen wir uns über die Rückzahlung dieses Riesentapitals in einem anständigen Vergleich mit unseren Gläubigern einigen.

Auch in der Abrüstungsfrage begrüßen wir die Erklärung Mussolinis, daß er die Ungleichheit der Rüstungen in Europa als die schwerste Gefahr für den Frieden ansieht. Führt die kommende Abrüstungskonferenz nicht zu einem Ergebnis, das die Abrüstungsgleichheit wiederherstellt, dann ergibt sich für Deutschland das Recht, die notwendigen Schritte zu ergreifen, um die Gefahren der Rüstungsungleichheit zu beseitigen. Gerade wir Nationalisten ersehen nichts so sehr als den Frieden für unser Volk, für Europa und die Welt.

Der Fluch der Reparationen.

Eine Kundgebung der Gewerkschaften.

Berlin, 6. Dezember.

In einer Kundgebung der Spinnengewerkschaften der

Wie lange noch 120 Prozent Zinsen, Herr Dr. Dietrich?

Früher wurden 7 Prozent als Wucher bestraft.

Arbeiter, Angestellten und Beamten heißt es u. a.: In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuß zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Preiskommisär Goerdeler?

Endgültige Entscheidung am Montag.

Berlin, 6. Dezember.

In politischen Kreisen nennt man für den Posten des Preiskommisärs, der durch die neue Notverordnung der Reichsregierung geschaffen werden soll, den Oberbürgermeister von Leipzig Dr. Goerdeler. Goerdeler ist im vorigen Jahre zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt worden, nachdem er zehn Jahre den Posten eines zweiten Bürgermeisters in Königsberg inne hatte. Wie wir erfahren, ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen worden.

Bisher 2,5 Milliarden Einsparungen.

Vor der sechsten Notverordnung.

Berlin, 6. Dezember.

Die sechste Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wird voraussichtlich das Datum des 7. Dezember tragen, wenn es dem Redaktionskomitee nunmehr gelingt, die notwendigen gesetzlichen Formalitäten und Formulierungen zu erledigen. Am Montag wird noch einmal eine Schlußberatung des Reichskabinetts stattfinden.

Angesichts der neuen Notverordnung ergibt eine Uebersicht, daß die bisherigen fünf großen Notverordnungen vom 26. Juli 1930, vom 1. Dezember 1930, vom 5. Juni 1931, vom 24. August 1931 und vom 6. Oktober 1931 insgesamt in Reich, Ländern und Gemeinden Ersparnisse gebracht haben, die auf einen Jahreswert von 2,5 Milliarden RM zu schätzen sind.

Das Notverordnungswert wurde eingeleitet durch die im Juli 1930 dekretierte Reichshilfe. Die weitere Kürzung der Personalbezüge erfolgte im Dezember mit dem Ziel, beim Reich, in den Ländern und Gemeinden 335 Millionen RM jährlich zu ersparen. Bei den Sachwerten wurden Einsparungen im Werte von 260 Millionen vorgenommen. Gleichzeitig erfolgten Einsparungen bei Ländern und Gemeinden in Höhe von rd. 400 Millionen. Die weiteren Kürzungen in dem Haushaltsplan erbrachten beim Reich 200 Millionen an jährlichen Ausgaben und 106 Millionen RM bei den Personalbezügen einschließlich der Reichspost. Die am 5. Juni festgelegte zweite Gehaltssenkung brachte den Ländern und Gemeinden eine weitere Einsparung von 280 Millionen, zu dem im Zusammenhang damit erfolgten Abstrichen an den Gemeindehaushalten in Höhe von 170 Millionen RM. Dazu kamen weitere Einsparungen bei der Reichsverwaltung in Höhe von 120 Millionen RM. Die Deutsche Reichsbahn erparte bei den Personalausgaben 170 Millionen. Insgesamt sind die Personalbezüge der öffentlichen Verwaltung seit dem Frühjahr um rund 1100 Millionen RM gesenkt. Dazu kommen noch 300 Millionen an Minderausgaben für Löhne der öffentlichen Arbeiter. Die Kürzung der Sachausgaben ist auf mehr als 600 Millionen Mark zu beziffern. In der Notverordnung vom 24. August wurde das Werk der Sparmaßnahmen fortgesetzt. Das Ergebnis dieser Notverordnung dürfte sich auf mehrere hundert Millionen Einsparungen belaufen. Durch die Notverordnung vom 6. Oktober wurden dann die Pensionenkürzungen verfügt, so daß als Ergebnis der von der Reichsregierung in Angriff genommenen Ausgabenkürzung der Jahreswert von 2,5 Milliarden RM festgelegt werden kann.

Die kommende Gehaltssenkung.

Die Beamtenschaft setzt sich zur Wehr.

Berlin, 6. Dezember.

Der Reichsbund der höheren Beamten wendet sich in zwei Telegrammen an Reichspräsident und Reichskanzler gegen die bevorstehende Gehaltssenkung. Er bittet den Reichspräsidenten, einer Politik seine Zustimmung zu versagen, deren Ergebnislosigkeit immer deutlicher zutage trete und die schwersten staatspolitischen Gefahren heraufbeschwöre. Der Reichskanzler wird darauf hingewiesen, daß wirtschaftliche Zusammenbrüche zahlreicher Beamtenfamilien unvermeidlich seien, falls das bisherige Höchstmaß der Kürzungen noch überschritten wird. Der Reichsbund spricht in beiden Telegrammen die feste Erwartung aus, daß die berufene Vertretung der Beamtenschaft vorher gehört werde.

Die englischen Zollmaßnahmen.

Runciman über die Rückwirkungen auf Deutschland.

London, 5. Dezember.

Im englischen Unterhaus sprach der Präsident des Handelsamts, Runciman, über die englischen Zollmaßnahmen. Bezüglich der Rückwirkungen auf Deutschland sagte er: Was Deutschland betrifft, so ist gesagt worden, daß dieses Land wirkliche Ursache zu Beschwerden in dieser Frage habe. Natürlich müssen die Verordnungen notwendigerweise einigen deutschen Exporteuren lästig fallen. Aber schließlich müssen wir zu allererst die finanzielle Stabilität und die industrielle Wohlfahrt unseres eigenen Landes berücksichtigen.

Wir müssen uns natürlich zu gleicher Zeit die Tatsache vor Augen halten, daß Deutschland uns große Summen Geldes schuldet, die es nur in der Lieferung von Waren und Diensten zahlen kann; aber wir wollen die Lieferung

von Waren und Diensten in einer Weise zustandegebracht sehen, die nicht die Stabilität unseres Pfundes Sterling oder unseres Handels gefährdet.

Die englische Regierung müsse in erster Linie die inneren Belange des eigenen Landes schützen. Deshalb müsse man auch die französischen Sondermaßnahmen gegen England sehr ernst nehmen.

Die Regierung sei erstaunt, daß England von Frankreich nicht mehr als meistbegünstigte Nation behandelt werde, wie das seit zwei Generationen der Fall gewesen sei. Neben der Regierung hätten auch die meistbetroffenen englischen Kohlenhändler Vorstellungen in Paris erhoben.

Die englischen Antidumping-Zölle hätten sich lediglich aus einem Notzustand infolge außergewöhnlich großer Einfuhr ergeben und seien keine Vergeltungsmaßnahmen für die französischen Ausnahmebestimmungen gegen den englischen Handel.

Erregung in Frankreich.

Die Ausführungen Runcimans im Unterhaus haben in Paris große Erregung hervorgerufen. Die Behauptung, daß die Erhöhung der französischen Zölle den Anstoß zu den zollpolitischen Maßnahmen Englands gegeben habe, wird in der Presse scharf zurückgewiesen, und von amtlicher Stelle wird betont, daß die Zollerhöhung um 15 v. H. nur einen Ausgleich zum Zwecke habe. Die Erhöhung sei schon am 1. August grundsätzlich beschlossen worden und richte sich nicht gegen England.

Die Konferenz der englischen und französischen Zollfachverständigen, die heute beginnen sollte, wird vermutlich verschoben werden.

Politische Tageschau.

Vergleichsvorschlag der Grundbesitzerbank.

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz schlägt ihren Gläubigern eine Vergleichsquote von 30 Prozent vor. Forderungen bis zu 100 RM sollen voll befriedigt werden. Das Reich übernimmt die Garantie für diese Mindestquote und soll die Hälfte davon vorschießen.

Die Industrie fordert Vorkriegs-Posttarife.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hält es für richtig, die von der Reichsregierung angekündigte Preisentzugsaktion durch die Rückkehr zu den Vorkriegs-Posttarifen einzuleiten. Die Rückkehr zum 10-Pfennig-Porto für Briefe, eine erhebliche Ermäßigung des Drucksachenportos und der Telefongebühren wären zweifellos von starker psychologischer Wirkung und würden auch zur Belebung des Verkehrs beitragen.

Rußlands Getreidewirtschaft versagt.

Das russische Volkskommissariat für die Landwirtschaft macht in einer Verordnung alle staatlichen Wirtschaften darauf aufmerksam, daß der Jahresplan für die Bereitstellung des Brotgetreides erst zu 56 Prozent erfüllt sei, obwohl die Ablieferungsfrist am 10. Dezember abläuft. Die Verordnung droht den Direktoren der Wirtschaften die schärfsten Strafen an, falls der Plan nicht in letzter Minute erfüllt wird.

Frankreich bekämpft die deutsche Ausfuhr.

Die französische Regierung schreibt durch ein neues Gesetz für die Einfuhr von Waren aus Ländern mit Devisenkontrolle die Vorlegung einer besonderen Erlaubnis des Handelsministeriums vor. Durch diese Maßnahme dürfte die deutsche Ausfuhr nach Frankreich besonders hart getroffen werden.

Neue Millionen für Frankreichs nationale Ausrüstung.

Die französische Kammer hat durch neue Bewilligungen die Ausgaben für die nationale Ausrüstung auf 3476 Millionen Franken erhöht. In der letzten Kammer Sitzung wurden bewilligt: 400 Millionen Franken für Zwecke der Volksgesundheit, 360 Millionen für Sonderzwecke des Landwirtschaftsministeriums, 1215 Millionen für öffentliche Arbeiten, 25 Millionen für die Handelsmarine und 177 Millionen Franken für die Luftfahrt.

Henderson ist kampfes müde.

Englands früherer Außenminister Henderson hat sich im letzten Wahlkampf zu sehr angestrengt. Er will deshalb nur noch dann in einen neuen Wahlkreis ziehen, wenn ihm die Arbeiterpartei einen ganz sicheren Wahlkreis gibt.

Gandhi nach Frankreich abgereist. Gandhi ist auf seiner Rückreise nach Indien nach Frankreich abgereist.

Starke Pfund-Käufe in Tokio. In Tokio wurden überraschend starke Pfund-Käufe vorgenommen. Sie werden darauf zurückgeführt, daß man an eine unmittelbar bevorstehende Wiedereinführung des Goldausfuhrverbotes in Japan glaubt.

Der neue Präsident von Chile. Vom chilenischen Nationalkongreß wurde Montero, nachdem er den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, zum Präsidenten der Republik bis zum 3. Dezember 1937 proklamiert.



Die junge deutsche Fliegerin Elli Beinborn, die erst jüngst durch ihren mutigen Afrikaflug Aufsehen erregte, befindet sich auf einem Fernflug nach Japan. Sie fliegt ganz allein.

Aus der Heimat

Montag, den 7. Dezember 1931

Die Handwerkskammer zu Arnberg teilt mit:

Notförei!

„Wir sehen uns gezwungen, der Handwerkskammer die Lage unseres Handwerkszweiges etwas näher zu schildern:

Seit Anfang November ist es geradezu katastrophal. Die meisten Betriebe in der Stadt (Schuhmacher) erzielen wöchentlich einen Bruttoumsatz von nicht mehr als 25–30 Mk. und den müssen sie noch zum größten Teil in die Bücher schreiben.“

Solche Briefe erhält die Kammer in steigender Zahl mit der Bitte, durch Pressehinterrück das Publikum aufzufordern, Aufträge zu erteilen und Rechnungen zu bezahlen. Die Beilen enthalten die schwere Notlage, in der sich eine erschreckend große Zahl von Handwerkern heute befindet. Der Kammer sind Fälle bekannt, daß Handwerker nur deshalb die Zahlungen einstellen mußten, weil ihre Schulden noch nicht einmal Ratenzahlungen zur Abdeckung der Verpflichtungen leisten. Andere haben kaum noch die Möglichkeit, den notwendigen Nahrungsmittelbedarf für sich und ihre Familie zu beschaffen, weil sie keine Aufträge mehr hereinbekommen, obgleich sie zu Preisen arbeiten, die ihnen noch nicht einmal den tariflichen Gehilfenlohn einbringen. Dabei widerstrebt es ihnen, die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. — Die Handwerkskammer richtet an jeden, der noch ein festes Einkommen bezieht, die herzlichste Bitte, der großen Not des Handwerks Rechnung zu tragen. Jeder, auch der kleinste Auftrag hilft den Zusammenbruch verhindern. Ratenzahlungen werden gern gewährt, wenn sie pünktlich geleistet werden. Der Handwerker, der Kredit gibt, hilft dem Verbraucher, durchzukommen. Der Konsument aber muß dem Handwerker helfen, seinen Betrieb aufrechtzuerhalten dadurch, daß er möglichst bar bezahlt, sonst aber die vereinbarten Raten pünktlich zahlt. Möge niemand den Notförei ungehört verfallen lassen, dessen wirtschaftliche Lage noch einigermaßen befriedigend ist. Die Erhaltung des Handwerks ist eine volkswirtschaftliche und nationale Notwendigkeit!

*** Die Gemeinde trägt die Verantwortung für die Sicherheit der Wege! Dieser Grundsatz ist in einem Urteil des Reichsgerichts erneut festgelegt worden: „Eine Stadtgemeinde, die einen Weg, auf dem sie durch einen Unternehmer Kabelarbeiten hatte ausführen lassen, für den Verkehr wieder freigibt, ohne sich zuvor von seinem verkehrssicheren Zustand überzeugt zu haben, handelt fahrlässig. Die Nachlässigkeit desjenigen, der einen solchen Weg benutzte, ist nicht so schwer zu werten, daß ihr gegenüber jegliches Verschulden der Stadtgemeinde zurücktreten müßte.“

Wetterausichten für Dienstag: Vorläufig noch Fortdauer der unbeständigen, zu Niederschlägen neigenden und für die Jahreszeit zu milden Witterung.

Laasphe:

* Der gestrige „Kupferne“ Sonntag brachte in den Nachmittagsstunden einen recht lebhaften Straßenverkehr, der sich auch in zufriedenstellendem Maße in der Kaufkraft der Besucher äußerte. Wenigstens dürften nach den uns zuteil gewordenen Informationen die Spielwaren- wie die Manufakturwarenvergeschäfte mit dem gebührenden Umsatz im ganzen zufrieden sein, wenn derselbe naturgemäß noch nicht den — hoffentlich stärkeren — der beiden nächsten Geschäftsonntage erreichte.

* Gewaltiger Massenandrang zur NSDAP-Verammlung. (Eingef.) Das Volk steht auf, der Sturm bricht los! Dieses Wort kann die NSDAP über ihre überfüllten Versammlungen setzen. Daß es nun auch in Laasphe überall gärt und brodet und eine Welle nationalen Erwachens unsere Stadt durchbraust, beweist die gestern abend im Volkshaus stattgefundene überfüllte Versammlung der Ortsgruppe Laasphe. Die Hochburg der SPD. zerfällt. Ihre Versammlungen, früher überfüllt, werden heute nur noch von einzelnen verlorenen Schafen besucht, die verheßt und belogen die Seele des Nationalsozialismus noch nicht erfaßt haben. Aber wir suchen dich, deutscher Volksgenosse, der du noch nicht in unseren Reihen Schulter an Schulter mit Deutschlands Befreiung kämpfst. Du gehörst nicht in die Reihen derer, die uns schmachvoll betrogen haben und die von Leuten, die nichts von deutschem Geist und Wesen wissen, geführt werden. Jeder, der die Versammlung besuchte, wurde hingerissen von den tiefgründenden Ausführungen des Hg. Meiberg, die von einer Liebe zum deutschen Volk getragen wurden, wie wir sie bisher in keiner anderen Partei gefunden haben. Er führte uns mit klarer Deutlichkeit vor Augen, wie gerade die SPD., die doch am lautesten geschrien habe: Freiheit, Arbeit und Brot, das deutsche Volk von Stufe zu Stufe in den Abgrund geführt hat. Aber er konnte uns auch davon überzeugen, daß noch eine Rettung vorhanden ist. Nur noch eine kurze Zeit und die NSDAP. habe auf ganz legalem Wege die Macht in Deutschland an sich gerissen. Die deutsche Geschichte stehe an einer Zeitenwende. Ergreifend waren einige Beispiele, die er anführte, um blitzartig das grenzenlose Elend des deutschen Volkes zu kennzeichnen. Manche Faust wird sich im Stillen geballt haben und manche Träne wird gewaltig verschluckt worden sein. Wir brauchen keine Gewalt anzuwenden, aber glauben gewisse Volkstriebe, so führte der Redner weiter aus, wir würden die Besten des deutschen Volkes, die SA. und SS. Adolf Hitlers, in die Maschinengewehre der jetzigen Regierung gewaltsam hineinschießen. Nein, und abermals nein. Der Sieg wird ohne Blutvergießen unser sein. Und ihr, deutsche Volksgenossen, die ihr noch glaubt, die SPD. wäre eure Rettung, euch rufen wir zu: Glaubt ihnen nicht mehr, zu lange seid ihr betrogen worden. Wo bleiben die Versprechungen, wo bleibt der Erfolg? Ihre Führer haben an euch, die ihr unschuldig in Not und Elend geraten seid, kein Interesse, der eigene Brottorb ist ihnen alles. Kommt zu uns! Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Und nun weiter, den Sturmriemen fester geschnallt, die Augen fest auf das nahe Ziel gerichtet, vortwärts mit Adolf Hitler zum Sieg und zur Freiheit!

* Der gestrige Nikolaustag ist hier ruhig verlaufen. Was sich abends auf der Straße und in den Häusern an „Nedel-

fern" zeigte, waren zumeist Schulförder, deren Vertiefung durchweg jeglicher Originalität entbehre und denen es nur um die klingenden Spenden zu tun war — ein Unfug, dem mehr gesteuert werden sollte. Noch unangenehmer wurden die Belästigungen durch die „großen Nikolaus" bemerkt, die vielfach in Schilane ausarteten.

Sitzung der Amtsvertretung Banse.

Die Amtsvertretung des Amtes Banse tagte am Freitag den 4. Dezember d. J. unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Schulenburg zu einer Sitzung. 23 Vertreter waren anwesend. Zunächst hatte sich die Vertretung mit der Abnahme der Jahresrechnungen 1929 und 1930 zu befassen. Der Vorsitzende teilte hierzu mit, daß die Finanzkommission, bestehend aus Direktor Grund-Banse, Amtsverordneten Kleitkamp-Banse und den Gemeindevorsteher Weber-Bernershausen und Schreiber-Niederlaaspe, bereits am 30. Nov. d. J. getagt und sich hiermit, sowie mit dem Haushaltsplan 1931 befaßt habe. Direktor Grund erhielt dann als Vorsitzender der Finanzkommission das Wort und teilte mit, daß die Einnahmen im Rechnungsjahre 1929 = 98 824,37 RM. und die Ausgaben 94 715,58 RM. betragen hätten, sodaß ein Bestand von 4 108,39 RM. verbleibe. Die Jahresrechnung für 1930 schließt ab mit einer Einnahme von 113 876,94 RM. und einer Ausgabe von 107 075,96 RM., mithin ein Bestand von 6 800,98 RM. Die Vertretung stimmte der vorgeschlagenen Entlastung des Rendanten zu.

Als Hauptpunkt stand der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 zur Beratung. Auch hier erhielt der Vorsitzende der Finanzkommission zunächst das Wort. Die Einnahmen seien zwangsläufig und die Ausgaben nach Ansicht der Finanzkommission noch einer Prüfung zu unterziehen. Zu Titel 2 Ausgabe wäre zu bemerken, daß die Gehälter der Beamten und Angestellten noch eine weitere Kürzung erfahren müßten, da eine Anlehnung an die Gehälter der gleichgestellten Staatsbeamten immer noch nicht erfolgt sei. Die Weihnachtsgeldbeschlüsse der Lehrlinge und Angestellten im Gesamtbetrag von 100 RM. jährlich müßten wegfallen. (Frage: Weshalb bezahlt man diese Leute nicht nach Tarif. Dann würden sie bestimmt auf jede Weihnachtsgeldbeschlüsse verzichten haben. Jedenfalls entbehren die jetzigen Bezüge jedem normalen Rechtsempfinden.) Die Dienstunfallkosten der Bürgermeisters von 600 RM. jährlich habe in Wegfall zu kommen. Ferner hält es die Finanzkommission für angebracht, wenn die Nebenbezüge derselben (225 RM. Ständesamtsgebühren und ca. 300 RM. Gebühren für Wahrnehmung der Feuerzettelgeschäfte) in die Amtskasse fließen. Ebenso seien die Kosten für Porto, Telefon und Anschaffung von Zeitschriften auf das Mindestmaß zu setzen. Ferner schenke die Finanzkommission der Beitrag zum Preuß. Landgemeindetag ziemlich hoch. Zu den Besoldungsfragen nahmen dann die einzelnen Vertreter Stellung. Gemeindevorsteher Weber-Bernershausen vertrat die Ansicht, daß es unangebracht sei, bei den Weihnachtsgeldbeschlüssen der Lehrlinge anzufangen, sondern bei der Besoldung des Bürgermeisters müsse man anfangen. Bürgermeister Dr. Schulenburg erklärte, gerade mit der Frage der Elementarzusammenlegung habe er sich eingehend befaßt und hierbei die redlichste Mühe gegeben. Er habe der Amtsvertretung seiner Zeit die verschiedensten Wege gezeigt, um endlich zu einem Ziel zu kommen. Freiherr von Wittgenstein bemerkte hierzu nebenbei, daß es angebracht gewesen wäre, wenn ein Beauftragter direkt zum Minister gefahren wäre und die Zusammenlegung der Elementar gebietet hätte. Denn nur durch die Neueinteilung des Kreises in Elementar wäre eine Herabsetzung der Verwaltungskosten möglich. Zu seiner Besoldungsangelegenheit warf Bürgermeister Dr. Schulenburg etwa folgende Frage auf: „Meine Herren! Glauben Sie vielleicht, daß ein mir gleichgestellter Staatsbeamter bereit ist, die Verantwortung bei derselben Besoldung zu übernehmen?" Freiherr von Wittgenstein hielt ebenfalls eine weitere Gehaltskürzung für unerlässlich. Er führte hierzu noch zusätzlich aus, daß eine weitere Gehaltskürzung in Sicht sei und aller Wahrscheinlichkeit schon am 1. Januar 1932 in Kraft trete. Bei geordneter Grund glaubte, daß auch bei den jährlichen Ausgaben noch eine Einsparung möglich sei. Er betrachtete es ferner als seine Aufgabe, die Entschädigungen, die der Bürgermeister als Ständesamtsbeamter und Feuerzettel-Kommissar beziehe, zu prüfen und über die künftige Verwendung derselben Klarheit zu schaffen. Unter allgemeinem Beifall erklärte Amtsverordneter Freiherr von Wittgenstein, daß ein Notbehalt losgelassen werden müsse, um dadurch die Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände zu bessern, zumal in Berlin noch so viele Fonds vorhanden wären, mit denen endlich einmal aufgeräumt werden müsse. Die Selbstverwaltung sei ja in Wirklichkeit schon längst begraben. Amtsverordneter Weiß-Fischerbach sagte sich für eine 40 %ige Gehaltskürzung, die aber bei den Amtsvertretern nur wenig Anklang fand, ein. Gemeindevorsteher Gerhardt-Hessebach war der Ansicht, daß all diese Zahlen nichts nützen, da ja doch sehr bald ein Zusammenbruch zu erwarten sei. Amtsverordneter Kleitkamp fand es merkwürdig, daß die Beamten nicht freiwillig auf einen Teil ihres Gehaltes verzichten haben. Die Ansicht eines Gemeindevorstehers, daß die Gemeindevorsteher doch überall den Kopf ins Loch stecken müßten, widerlegte Amtsverordneter Freiherr von Wittgenstein, indem er darauf hinwies, daß für das Amt einzig allein die Amtsvertretung verantwortlich sei.

Direktor Grund trat dann für eine Senkung des Gesamtbetrags um 5500 RM. ein. Er wies weiter darauf hin, daß eine weitere Ersparnis möglich sei, wenn die Briefe innerhalb des Amtsbezirks durch Boten bestellt würden. Der Vorsitzende teilte hierzu mit, daß bereits in dieser Hinsicht die größte Sparmaßnahme geherrscht hätte, zumal sämtliche Briefe mit Ausnahme der eiligen Sachen durch Boten bestellt würden. Hierauf stellte Amtsverordneter Kleitkamp den Antrag, daß ein wesentlich höherer Betrag wie von Direktor Grund-Banse vorgeschlagen, im Haushaltsplan in Abzug zu bringen sei. Bürgermeister Dr. Schulenburg wies wiederholt darauf hin, daß eine Ersparnis nur durch Zusammenlegung, womit auch jetzt noch zu rechnen sei, möglich sei. Er teilte ferner dem Amtsverordneten Mittelmann auf seine Frage mit, daß durch die Gehaltskürzung auch eine Ermäßigung der Beiträge zur Pensions-, sowie Witwen- und Waisenkasse eintrete. Nach einer Pause von fünf Minuten kam, nachdem dann noch ein Vertreter zu der Besoldungsfragen Stellung genommen hatten, folgender Beschluß zu Punkt 2 der Tagesordnung zu Stande:

Es sind zu kürzen: Gehälter 800 RM., Ständesamtsgebühren 200 RM., verschiedene Ausgaben 3200 RM., Dienstunfallkosten des Bürgermeisters 300 RM., Dienstunfallkosten des Amtrentmeisters 100 RM., jährliche Ausgaben 600 RM., zusammen 5200 RM. Die Gebühren des Bürgermeisters als Kommissar der Westfälischen Provinzial-Feuerzettelkassen fließen in die Amtskasse. Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe auf 83 300 RM. festgestellt. Es sollen 70 Prozent der Einnahmen, Körperschaftsteuer und den Realsteuern erhoben werden. Der Kreisausschuß soll gebeten werden, über die vorliegenden Gehaltskürzungen hinaus das Gehalt des Bürgermeisters um weitere 10 Proz., des Obersekretärs um weitere 10 Proz., den Rentmeisters um weitere 10 Proz. und des Polizeioberwachmeisters um 5 Proz. zu kürzen.

Trotzdem sich der Vorsitzende für die Erhebung eines höheren Prozentsatzes von den genannten Steuern einsetzte, war es nicht möglich, eine Mehrheit hierfür zu finden. Jedenfalls wird der Bürgermeister die Finanzen des Amtes wohl am besten kennen.

Ob dieser Beschluß wirklich zur Ausführung kommt, ist ziemlich zweifelhaft, denn die Festlegung der Gehälter der Beamten ist schließlich letzten Endes nicht Sache der Amtsvertretung. Hiermit dürfte sich vielmehr der Kreisausschuß bzw. der Herr Regierungspräsident befassen.

Weiter stand eine Änderung der Besoldungsordnung auf der Tagesordnung. Da dieser Punkt mit Punkt 2 identisch war, erübrigte sich hierüber eine längere Aussprache.

Beschluß: Der Beschluß der Amtsvertretung vom 31. 10. 1920 wird wie folgt ergänzt: Auf das Ruhegehalt des Bürgermeisters findet Artikel des Gesetzes vom 3. 12. 1926, G.-G. S. 367 Anwendung.

Weiter stimmte die Vertretung dem vorgelegten Entwurf einer Amtsatzung gegen Verunstaltung des Landschaftsbildes im Amt Banse zu.

In geheimer Sitzung wurde die Wahl eines Vollziehungsbeamten für das Amt Banse getätigt. Für diesen Posten hatten sich nicht weniger als 18 Personen gemeldet. Die Wahl fiel auf Karl Althaus, Banse.

Erndtebrück:

Um dem Wildschaden am Dille und in den angrenzenden Fluren vorzubeugen, ist nach längeren Verhandlungen seitens des Gemeindevorstehers Sureth mit den interessierten Kreisen — Jagdpächter Borchhaus und Gierstl. Verwaltung — in diesem Jahre ein Wildzaun angebracht worden, mit einem Tor auf der Straße am Dille. Die ganze Anlage wird illusorisch, wenn das Tor als einzige Übertrittsmöglichkeit nicht geschlossen gehalten und entsprechend gesichert wird. Aber weder das eine noch das andere war bisher zu beobachten. Fuhrleute und Fußgänger, die das Tor öffnen, unterziehen sich häufig nicht der Mühe, dasselbe wieder zu schließen, sodaß das Wild ungehinderten Zutritt hat. Aber damit nicht genug, schon zu wiederholten Malen ist das Tor beschädigt worden, sei es nun gewaltsam, oder durch Unachtsamkeit beim Durchfahren mit beladenen Wagen. Da das Tor auch jetzt wieder stark beschädigt ist, ergeht an die Bevölkerung das dringende Ersuchen, die Anlage mit größtmöglicher Schonung zu behandeln und jeden, der sich einer Beschädigung derselben schuldig macht, zur Anzeige zu bringen. Eine entsprechende Beobachtung in dieser Richtung ist im Interesse der Allgemeinheit geboten.

Turnen * Spiel * Sport.

Handball.

Erndtebrück 1. — T. V. Wallau 1. 5:2 (3:1). In der ersten Halbzeit spielte Erndtebrück sichtlich überlegen, was den Gästen Veranlassung gab, ihre bis dahin beobachtete faire Spielweise zu verlassen. Das Spiel nahm infolgedessen zunehmend härtere Formen an, sodaß sich der Schiedsrichter wiederholt zu strengen Verwarnungen einiger Wallauer Spieler veranlaßt sah. Daß auch diese ohne den gewünschten Erfolg blieben, sei nur nebenbei bemerkt. Trotz aller Härten vermochte Erndtebrück das Spiel zu seinen Gunsten zu entscheiden. Der Sieg war durchaus verdient.

Fußball.

Freudingen 1. — Frechenhausen 1. 2:0.

Interessante Fußballergebnisse im Reich.

VfB. Gießen gegen Kurheffen Kassel 1:6. Kurheffen Marburg gegen SC. 03 Kassel 5:1. Hessen 09 Kassel gegen Germania Marburg 6:0. Fußballsportverein Frankfurt gegen Rot-Weiß Frankfurt 5:3. Sp. Vg. Fließ gegen 1. FC. Nürnberg 3:1. 1860 München gegen Bayern München 6:2.

Länderspiel: Belgien gegen Schweiz 2:1.

Spiele: Norddeutschland — Westdeutschland 3:1.

Aus Nah und Fern.

Sprengstoffattentat auf eine Ortskrankenkasse. Auf das Haus des Gemeindevorstehers in Wald e am Edersee, in dem sich auch die Ortskrankenkasse befindet, wurde ein Sprengstoffattentat verübt. Unbekannte Täter brachten vor der Haustür eine Sprengladung zur Entzündung, deren Wirkung so stark war, daß sämtliche Fensterscheiben zertrümmert wurden. Ein Teil der Wände und Decken stürzte ein. Der Besitzer des Hauses erlitt durch umherfliegende Splitter schwere Verletzungen.

Wie man weiter erfährt, soll der Sachschaden groß sein. Eine Person soll am Kopf leichte Verletzungen davongetragen haben. Der Anschlag wurde gegen 12 Uhr nachts ausgeführt. Man hat am Tatort einen zerfetzten alten emaillierten Eimer gefunden, und es wird angenommen, daß darin der Sprengstoff untergebracht war. Das Attentat soll keinen politischen Hintergrund haben, vielmehr dürfte es sich um einen Racheakt handeln.

20 000 RM. unterschlagen. Der Sekretär Bordt, der seit mehreren Jahren bei der Kreispartei Schlawe beschäftigt war, ver schwand, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er seit längerer Zeit durch Einrichtung fingierter Konten usw. Unterschlagungen begangen hatte. Die von ihm veruntreute Summe wird zurzeit mit etwa 20 000 RM. angegeben. Es wurde festgestellt, daß Bordt sich mit einem Auto nach Kolberg begeben hatte. In Kolberg traf der Flüchtling zufällig einen Bürger aus Schlawe, der erst nach seiner Rückkehr nach Schlawe von den Veruntreuungen erfuhr und der Polizei das Kolberger Hotel angeben konnte, in dem Bordt wohnte. Ein nach Kolberg entsandener Polizeibeamter konnte den ungetreuen Sparkassenbeamten aus dem Bett heraus verhaften.

Tödlicher Betriebsunfall. Ein schwerer Betriebsunfall, dem der 25jährige Kohlenzieher Gustav Gebhardt zum Opfer fiel, ereignete sich im Kesselhaus in der Rindlbrauerei in Berlin-Weißensee. Gebhardt war mit dem Bunkern von Kohle beschäftigt, als plötzlich aus bisher ungeklärter Ursache ein Siederohr platzte. Gebhardt wurde durch den ausströmenden Dampf und siedendes Wasser am ganzen Körper schwer verletzt. Er wurde sofort in das Krankenhaus in Weißensee gebracht, wo er bald nach der Einlieferung seinen Verletzungen erlegen ist.

Geisteskranker am Steuer. Vor einiger Zeit hatte ein Kaufmann in Berlin einen Mann angefahren und war vom Amtsgericht Mitte wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 RM. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte ein Rechtsanwalt Berufung eingelegt und geltend gemacht, daß der Kaufmann an Paralyse leide, die nach dem Unfall zum Ausbruch gekommen sei. Durch Gutachten wurde auch die Geisteskrankheit bestätigt und der Kaufmann infolgedessen freigesprochen.

Musiker wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse verurteilt. Der Musiker Georg Duple wurde vom Ersten Strafsenat des Kammergerichts in Berlin wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse zugunsten Polens zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Duple hatte versucht, sich wichtige Nachrichten über den Verteidigungszustand an der Grenze zu verschaffen. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

3000 Mark Postgelber gestohlen. Auf dem Bahnhof Hammerühle (Pommern) wurde ein überaus breiter Raubüberfall ausgeführt. Während der Abfertigung des Stölpel Abendzuges wurde einem Beamten ein Beutel mit 3000 Mark Inhalt, den er auf dem Bahnhof abgestellt und „der größeren Sicherheit halber" zwischen die Beine geklemmt hatte, in einem unbewachten Augenblick gestohlen. Dem Dieb gelang es, mit dem Beutel unerkannt zu entkommen.

Die Kollision der Dampfer „Selby" und „River Ribble" vor dem Seemal. Die Kollision zwischen den englischen Dampfern „Selby" und „River Ribble" bei Altona am 28. Dezember 1930 stand vor dem Hamburger Seemal zur Verhandlung. Beide Dampfer wurden erheblich beschädigt. „River Ribble" mußte, um ein Absinken zu verhüten, vor der Abdichtung auf Strand gesetzt werden. Der Spruch des Seemals weist die Schuld an dem Unfall der Führung des Dampfers „Selby" zu, die es versäumt, die Fahrt abzustoppen, als der „River Ribble" aus dem Altonaer Hafen herauskam, vielmehr durch Verlassen der Fahrinne versuchte, zu überholen bezw. zu passieren. Die Führung des „River Ribble" treffe kein Verschulden an der Kollision.

Schwerer Autounfall. Ein schweres Autounfall ereignete sich in der Nähe von Hirschberg im Riesengebirge. Der Hotelbesitzer Most aus Bräunchen wurde getötet, ein Fahrgast schwer und der Kraftwagenführer leicht verletzt.

Hoovers Schwager freigesprochen. Banek Levant, der Schwager Hoovers, der im vorigen Monat in Santa Monica unter der Beschuldigung, Alkohol zu besitzen, verhaftet wurde, ist von der Anklage, gegen das Prohibitionsgebot verstoßen zu haben, freigesprochen worden, obwohl er gestanden hatte, kurz vor seiner Verhaftung ein Glas Alkohol getrunken zu haben.

Eigenartige Wetterverhältnisse in Sowjetrußland. Seltsame Wetterverhältnisse werden in der Sowjetunion beobachtet. Aus Murmansk am Nördlichen Eismeer werden zwei Grad Wärme gemeldet. Dagegen herrscht in der wegen ihres sonst milden Klimas bekannten Krim eine Kälte von 20 Grad; die Straße von Kertsch friert bereits zu.

Drachloje Hülse eines deutschen Dampfers. Funktelegraphisch meldet der deutsche Dampfer „Theodor", der sich in der Nähe von Texel befindet, daß ihm das Maschinensteuerruder und das Handsteuerruder gebrochen sind und daß er hilflos gegen das Ufer treibt. Es handelt sich wahrscheinlich um den deutschen Dampfer der Gröbel-Reederei, der im Jahre 1890 erbaut wurde und 919 Brutto-Register-Tonnen groß ist. Mehrere Schiffe bemühen sich bereits um den Dampfer. An der ostfriesischen Küste herrscht starker Sturm. Borkum meldet Windstärke 8.

Eingefandt.

Der Wille des Volkes!

Des Vaterlandes Dantes ist Euch gewiß!

Am Freitag tagte in Banse die Amtsvertretung. Ueber verschiedene Punkte wurde dort beraten, dürfte aber belanglos sein, da doch höhere Stellen darüber entscheiden. Wohl einer der wichtigsten Punkte, die zur Debatte standen, war die Anstellung eines Vollziehungsbeamten. 18 Bewerber waren auf den Plan getreten. Schon seit Jahren wurde darüber kritisiert, daß der Polizeibeamte noch diese Neben-einnahme hatte. In der vorletzten Amtsversammlung war man der Ansicht, daß die Anstellung eines anderen Vollziehungsbeamten einen bedürftigen Kriegsbeschädigten oder Invaliden der Wohlfahrtsunterstützung fernhalte. Alle Achtung vor dem Polizeibeamten, der freiwillig diesen Posten zur Verfügung stellte.

Man höre und staune. Bei den 18 Bewerbern waren viele, die in jeder Hinsicht in der Lage wären, diesen Posten zu betreuen. Nur einer konnte es werden und dazu erkor man einen jungen Mann, der als letzter an das Wohlfahrtsamt denkt. Die gute Landwirtschaft und sonstige Nebeneinnahmen sichern dessen Lebenshaltung. Und den Kriegsbeschädigten rief man früher zu: „Das Vaterlandes Dant ist Euch gewiß." Sollte es da keine höhere Stelle geben, die mehr Verständnis hat? Es ist doch höchste Zeit, damit aufzuhören, Unzufriedenheit in die Welt zu säen und am Aufbau nicht durch leere Worte, sondern durch Taten mitzuhelfen. W.

Heute abend 8.30 Uhr zum letzten Mal
der große Charlie Chaplin-Film

„Lichter der Großstadt"
im Laaspher Tontheater!

Kosten der Lebenshaltung.

Sie sind um 13,7 Prozent gestiegen.

Berlin, 6. Dezember.

Nach einer Aufstellung des Statistischen Reichsamtes sind die Kosten der Lebenshaltung in der Zeit vom November 1929 bis zum November 1931 um 13,7 Prozent, ohne Berücksichtigung der Mieten sogar um 17,4 Prozent gestiegen. Der Untersuchung zugrunde gelegt sind die Preise in 72 Gemeinden.

Am einzelnen haben die Erhebungen folgendes Ergebnis gehabt: für Brot und Mehl insgesamt trotz einer Erhöhung des Preisstandes für Weizen und Kleingebäck minus 3,3 Proz., bei Nahrungsmitteln insgesamt (also Graupen, Hafer, Floren, Zucker, Reis, Erbsen usw.) minus 14,9 Proz., Kartoffeln minus 18,1 Proz., Gemüse minus 37,1 Proz., Fleisch, Fleischwaren und Fisch zusammen minus 31,1 Proz., bei Milch, Milchzeugnissen und Margarine minus 25 Proz., Eier minus 24 Proz.; aus allen diesen Faktoren insgesamt berechnet ein Minus von 20,4 Proz. Unter Wohnung ist allerdings ein Plus von 4 Proz. festzustellen, bei Heizung und Licht ein Minus von 2,4 Proz., bei Bekleidung insgesamt ein Minus von 22,7 Proz., bei Verkehr wiederum ein Plus von 3,6 Proz. Am Gesamtlebensstand sind beteiligt Ernährung zu 50 Proz., Wohnung zu 20 Proz., Bekleidung zu 10 Proz., Heizung und Beleuchtung zu 6 Proz., der Rest einschließlich des allerdings besonders in den Großstädten verteuerten Verkehrs für sonstige Bedürfnisse.

Berücksichtigt wurden bei der Aufstellung nur Haushalte mit einem Einkommen bis zu 3600 RM, das vor zwei Jahren für 85 Prozent aller deutschen Haushaltungen, jetzt aber entsprechend den gestiegenen Löhnen sogar für 90 bis 95 Prozent in Frage kommt.

Bier Raubüberfälle.

Für über 6000 RM Lohngelder geraubt.

Berlin, 6. Dezember.

Ein Raubüberfall wurde von drei jungen Burschen auf den 70jährigen Boten Gerlach der Baufirma Hallert verübt, als er mit 2100 RM Lohngeld auf dem Wege nach einem Neubau war.

Die drei Räuber, die auf einem Motorrad mit Beiwagen saßen, hielten plötzlich in einer menschenleeren Straße neben dem Boten an, versetzten ihm einen Schlag auf den Kopf und entrißen ihm die Aktentasche mit dem Gelde. Ein Begleiter, der dem Boten zur Sicherheit mitgegeben worden war, konnte den Raub nicht verhindern. Die drei Burschen sind auf dem Motorrad unerkannt entkommen.

Auf dem Gelände der Kindl-Brauerei in Berlin-Neukölln wurde aus einem Bürohäuschen eine größere Anzahl von Lohnkassen entwendet.

Die Lohnkassen, etwa 80 Stück, waren in einem Schreibtisch des betreffenden Büroraums untergebracht. Als der Büroinspektor für kurze Zeit diesen Raum verlassen hatte, muß der noch unbekannte Täter unbehindert eingedrungen sein. Er entwendete etwa 85 Tüten mit einem annähernden Betrage von 1500 RM. Die restlichen Lohnkassen ließ der Dieb wahrscheinlich in der Absicht zurück, damit man den Diebstahl nicht sofort bemerkt.

Ein dreifacher Lohngeldraub wurde ebenfalls im Margarinewerk in Idstedt (Kr. Altona) verübt.

Einige Männer drangen in das Pfortnerhaus ein, bedrohten die Anwesenden und flüchteten mit 2600 RM, die zu Lohnauszahlungen bestimmt waren.

Von drei jungen Burschen wurde die Leiterin der Goldader-Filiale Dyckerhoffstraße 132 in Berlin, als sie sich auf dem Heimwege befand, angefallen.

Unter Vorhalten von Pistolen raubten die Burschen ihr ihren kleinen Handkoffer. Die Täter vermuteten wohl, daß die Filialleiterin in diesem die Tageskasse untergebracht hatte, was jedoch nicht der Fall war.

Illegaler Sender bei Wien.

Hat Rußland seine Hand im Spiele?

Wien, 6. Dezember.

Die Wiener Polizei hat in Baden bei Wien einen russischen Sender ermittelt. Ein Leute, der damit in Zusammenhang gebracht wurde, ist verschwunden, ehe man sich seiner verschaffen konnte, während vier andere Personen verhaftet werden konnten. Bei einem dieser Leute wurde ein gefälschter Paß, bei einem anderen ein Kurzwellensender gefunden, der in Baden unbesitzungsweise in Betrieb gewesen war. Die Erhebungen über die Identität der Verhafteten werden fortgesetzt.

Flugzeugkatastrophe bei Bantol.

Fünf Tote ein Schwerverletzter.

Amsterdam, 7. Dezember.

Wie aus Bantol gemeldet wird, ist auf der Flugstrecke Batavia-Amsterdam, welche von der holländischen Luftfahrtgesellschaft betrieben wird, das Flugzeug „Doire Bare“ nach dem Aufstieg vom Flughafen Don Muang bei Bantol abgestürzt. Hierbei wurden die beiden Flugzeugführer, ein Mechaniker und zwei Fluggäste getötet. Weiterhin wurde der Direktor des australischen Flugdienstes, der sich gleichfalls an Bord befand, schwer und der Bordfunker leicht verletzt. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

Internationale Rauschgiftsmuggelbande festgenommen. Der von früher her als Rauschgifthändler bekannte Kaufmann August Del-Gracio aus New York wurde vor einigen Tagen in Berlin verhaftet. Durch seine Festnahme ist man jetzt im Laufe der Untersuchung einem großen Rauschgiftsmuggel auf die Spur gekommen, der von der Türkei bis nach Amerika hinüberreicht. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, im Hamburger Freihafen 27 Kisten und Pakete mit insgesamt 250 Kilogramm Morphin zu beschlagnahmen, die aus der Türkei stammen und in Würfelform verpackt nach dem Ausland fertig standen. Zugleich konnte ein gewisser Karl Frank und sein Komplize Walter, die beide aus Hamburg stammen und mit Del-Gracio in ständiger Geschäftsverbindung stehen, in Hamburg festgenommen werden. Del-Gracio kommt als Abnehmer und vermutlicher Geldgeber der Bande in Frage.

Dämon Künstler

Roman von Magda Trott.

37

Nachdruck verboten.

Bernhard Rechenberg kalkuliert so: War er erst im Auslande, war Mine sein Weib, dann würde Vola von selbst einsehen, daß sie ihr Spiel verloren hatte, dann würde sie von allen ihren teuflischen Gedanken Abstand nehmen und würde ihn seine Straße ziehen lassen. War er erst im Auslande, so war er für sie und für den Arm der Gerechtigkeit unerreichbar. In Amerika konnte er sich niederlassen, er hatte Mine, und deren Besitz dünkte ihm mehr als der Ruhm, den er sich in der Heimat erworben hatte.

Er atmete befreit auf. Warum hatte er nicht schon früher an diesen Ausweg gedacht? Warum hatte ihm erst die Stunde größter Not und Verzweiflung diesen Weg gewiesen? Wäre es nicht richtiger gewesen, wenn er Vola hingehalten hätte? So war sie jetzt vielleicht schon am Werk.

Ob er ihr einen versöhnlichen Brief schrieb, ob er auf neue Komödie spielte? Aber würde sie ihm Glauben schenken? Wieder schüttelte ihn die Angst, wenn er daran dachte, mit welchem teuflischen Lachen sie von ihm gegangen war. Diese Frau würde ihn verderben, sie würde seine Hoffnungen töteten.

„Kampf bis aufs Messer“, murmelte er, „mit ehrlichen Waffen kann ich mich nicht schlagen, denn ich bin schuldlos.“ So möge auch weiterhin Lug und Trug am Werke sein, um mein Ziel zu erreichen.

Am selben Tage noch schrieb er mit knirschenden Fingern einen zärtlichen Brief an Vola, daß sie um Verzehrung und teilte ihr mit, daß er sich langsam von Mine lösen werde, da er es mit seinem Kusse nicht vertragen könne, die Tochter eines Buchhändlers zur Gattin zu ernähren. Er habe lange mit sich gekämpft, fahre nun aber selbst ein, daß Vola recht habe und daß sie beide zusammengehören, darum wolle er ihren Wunsch erfüllen und sie an dem festgesetzten Termin zu seinem Weibe machen. Zum Schluß bat er, sie möge ihm schreiben, wann er sie besuchen dürfe, doch sei er Augenblicklich leidend und biete um einige Tage der Ruhe.

Er wartete unruhig auf eine Antwort. Aber es erfolgte nichts. Da schrieb er zum zweiten Male einen heißen Liebesbrief, mitten in die Vorbereitungen zur Hochzeit hinein, die von ihm mit größter Heimlichkeit betrieben wurden. Und immer größer wurde sein Angstgefühl, immer zerrütteter sein Gesicht, bei jedem Geräusch schreckte er zusammen. Witternd brachen ihm die Nerven, er machte den Eindruck eines Schwerkranken. Endlich, am Ausgang der zweiten Woche, hielt er von Vola Fingerringen einen Brief in den Händen. Zitternd riß er ihn auf. Auf dem eleganten Briefbogen stand mit der ihr eigenen großen Schrift:

„Anliegende Abschrift wird Dich interessieren, mein Freund. Ich habe mich der Arbeit unterzogen, das Original zu kopieren.“

Er nahm das Blatt zur Hand und sah sein eigenes Aufgebot, das seit acht Tagen öffentlich auslag. Mit wildem Aufschluchzen schlug er die Hände vor das Gesicht. Trotzdem hoffte er, daß ihre entsetzliche Drohung nicht Wahrheit werden würde. Sie hatte durch Jahre geschwiegen, hatte zu niemandem von seiner verbrecherischen Tat gesprochen. Sie wollte ihn ängstigen, ihn an den Rand der Verzweiflung bringen. Sie war ja seine Mitschuldige, da auch sie so lange geschwiegen hatte. Sie mußte sich vor ihm fürchten, denn er würde rückwärtslos ihren ungezügelter Lebenswandel vor der Öffentlichkeit aufdecken. Sie war für die Gesellschaft unmöglich, wenn man erfuhr, wer ihren Lebensunterhalt befruchtete, wer in ihrem Hause ein und aus ging. Sie mußte schweigen, konnte nicht reden, wollte sie sich nicht selbst preisgeben.

Jedemal, wenn er das Sillingische Haus betrat, bestie er an allen Gliedern, weil er fürchtete, Mine würde ihm entgegenstehen: ist's wahr? Aber ihre Zärtlichkeiten, ihre stille Güte war immer die gleiche, und wenn er sein müdes Haupt an ihre Schulter lehnte, wenn er die brennenden Augen, die sich seit Tagen nicht mehr in erquickendem Schlummer geschlossen hatten, zufallen ließ, überkam auch ihn für Augenblicke ein Gefühl des Geborgenseins.

Er hatte vor wenigen Tagen in einem Konzert mitgewirkt, hatte aber zum erstenmal kein uneingeschränktes Lob geerntet. Die Blätter schrieben, daß der große Künstler unter einer starken Depression gelitten habe, oder daß er überanstrengt sei und sich aus dem Grunde nicht habe entfalten können.

Es nahm ihm das letzte Fünkchen Ruhe. „Ich gehe auch künstlerisch zugrunde“, rief er, „an meinen Händen hängen Ketten. Oh, ich habe es wohl gefühlt, der Bogen war schwer wie Blei!“

Vergeblich versuchte Mine ihn zu beruhigen. Er weinte an ihrem Galle wie ein Kind.

Mines Antlitz wurde trotz allem immer verklärter. Sie konnte es kaum fassen, daß sie schon in acht Tagen dem geliebten Manne für immer angehören sollte. Noch siebenmal würde sie der Mutter und dem Bruder den Frühlingskuss richten, dann ging sie hinaus in die Welt. In Bernhards Seite würde sie die Schönheiten fremder Länder kennenlernen, würde sie unsagbar glücklich sein. Sie wollte sie ihm alle Steine aus dem Wege räumen, alles Mißliche von ihm fernhalten, denn sie sah mit banger Sorge, daß sich seine Nervosität ins Uferlose gesteigert hatte, und sie hoffte, daß er, wenn er aus dem hastenden Treiben der Stadt herauskommen würde, den verlorenen Frieden zurückgewinnen würde.

Das Klingeln an der Tür riß sie aus ihren Gedanken. Es war der Briefträger, der einen bündelnden Brief für Rolf abgab. Völlend legte Mine das Schreiben neben die Tasche des Bruders. Er würde es ebenso nichtachtend zur Seite legen, wie er das vor Wochen getan hatte, als seine einstigen Freunde und Freunde ihn aufgefordert hatten, in ihren fröhlichen Kreis endlich wieder zurückzukehren.

Als dann Rolf aber erschien, als seine seelenvollen Augen die steile Schrift sahen, da stieg ihm langsam die Kiste der Erregung ins Gesicht.

Mine gab sich den Anschein, als sähe sie es nicht. Sie beschäftigte sich mit dem Herrichten des Frühlingskusses und sah erst auf, als sie einen leisen Seufzer hörte, der über die Lippen des Bruders kam.

„Von Vola Fingerringen“, sagte er leise. „Sie verlanat.“

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen:

August Fischer

Martha Fischer

geb. Strohmann

Laasphe, 7. Dezember 1931.

Jagdverpachtung.

Montag, den 28. Dezember 1931, nachmittags 3 Uhr soll die Nutzung in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Gemeinde Breidenstein, bestehend aus 2 Bezirken, in dem Gemeindehaus öffentlich meistbietend, auf die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem 15. Februar 1932, verpachtet werden.

Gemäß § 21 der Jagdordnung vom 15. Februar 1907 G. S. S. 207 bringe ich dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß die Pachtbedingungen von Donnerstag den 10. Dezember d. Js. ab, zwei Wochen lang auf meinem Dienstzimmer öffentlich ausliegen, und daß während dieser Zeit jeder Jagdgenosse, sowohl gegen die Art der Verpachtung, als auch gegen die Pachtbedingungen Einspruch beim Kreisausschuß in Wiedenlopp erheben kann.

Breidenstein, den 3. Dezember 1931.

Der Jagdvorsteher

Meier, Bürgermeister.

Angebot.

Das von der Kreissparkasse zu Laasphe am 29. Sept. 1919 auf den Namen Karl Stücker in Grubtebrück ausgestellte Sparbuch Nr. 15388 mit einem derzeitigen Aufwertungsguthaben von RM. 249,91 ist uns als verloren gemeldet worden.

Das betr. Sparbuch wird hiermit mit dem Bemerken aufgegeben, daß gemäß § 20 Abs. 3 der Sparkassengesetz keine Kraftloserklärung erfolgen wird, falls nicht binnen 4 Wochen nach Erscheinen dieser Bekanntmachung ein Widerspruch eingelegt wird.

Laasphe, den 7. November 1931.

Kreissparkasse zu Laasphe.



A. Mittelmann, Laasphe

Laubsäge-Artikel

finden Sie gut und preiswert bei Aug. Mittelmann Laasphe.

Als Neuheit: Fertig aufgezogen. Ahorn-Garnitur.

Autofahrten

Omnibusfahrten

Fernruf 100.

daß ich heute zu ihr komme, sie habe mir etwas Wichtiges zu sagen, ich müsse zu ihr kommen.“

„Warum willst du nicht zu ihr gehen, Rolf? Ich kam dir mit gutem Gewissen zurechen, da ich jetzt weiß, daß du die innere Festigkeit wiedererlangt hast.“

Daß in dem Briefe ein Satz stand, der ihn unruhig machte, das verschwiegen er der Schwester.

„Das Glück Ihrer Schwester steht auf dem Spiele, Rolf! Wenn Sie nicht wollen, daß sie für ihr Leben lang unglücklich wird, müssen Sie mich auffuchen!“

Er verbarg den Brief in seiner Tasche und beschloß, Vola Fingerringen schon in den Vormittagsstunden aufzusuchen. Sie sollte ihm sagen, welche Gefahr der Schwester drohte. Die qualvollen Gedanken bemächtigten sich seiner, denn auch er hatte die Nervosität des Schwagers erkannt. Gatten sich die Ärzte bedenklich über den Zustand des Künstlers ausgesprochen oder lag etwas vor, was dem großen Virtuosen die Ruhe raubte? Es war gut, wenn er Klarheit erhielt. Er wollte Vola Fingerringen gegenüberstellen, seine vielleicht dabei wild aufflammenden Gefühle würde er zum Schweigen bringen.

Und während Mine daheim ihre Aussteuer nochmals durchsah und auswählte, was sie für die bevorstehende Reise mitnehmen werde, erfuhr Rolf Silling von Frau Vola Fingerringen das Entsetzliche. Erfuhr, daß sein Vater unschuldig sei, und daß der Mann, der in acht Tagen seine Schwester zum Traualtar führen wolle, der Täter gewesen sei. Daß jener Mann sich nicht schäme, den unschuldigen Silling die Strafe verbüßen zu lassen, um weiterhin ungehindert Vorbeeren zu blicken.

(Fortsetzung folgt.)